

Mündliche Anfragen

für die Fragestunde der 39. Sitzung des Landtags Rheinland-Pfalz

am Donnerstag, dem 24. Januar 2008

1. Abgeordnete

Dieter Burgard,
Peter Wilhelm Dröscher
und Clemens Hoch (SPD)

Aktuelle Diskussion um jugendliche und heranwachsende Straftäter

Die Medien berichten in den zurückliegenden Tagen vermehrt über gewalttätige Übergriffe jugendlicher und heranwachsender Straftäter. Im Blickpunkt steht dabei auch die Art und Weise der staatlichen Einwirkung auf diesen Personenkreis nach der Tat.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Mit welchen Maßnahmen begegnet die Landesregierung dem Problem der Jugendkriminalität?
2. Welche Möglichkeiten im erzieherischen Umgang mit jugendlichen und heranwachsenden Straftätern bietet das neue Landesjugendstrafvollzugsgesetz (LJStVollzG)?
3. Hält die Landesregierung die vorgeschlagene Verschärfung des Jugendstrafrechts (etwa die Einführung sog. „Erziehungscamps“, die Anhebung des Höchstmaßes der Jugendstrafe, die Anwendung des Jugendstrafrechts auf Kinder oder die Regelanwendung von Erwachsenenstrafrecht bei 18- bis 21-Jährigen) für erforderlich?
4. Wie viel Prozent der 18- bis 21-Jährigen werden in Rheinland-Pfalz nach Erwachsenenstrafrecht verurteilt und wie liegt das Land damit im Vergleich zu den anderen Ländern?

2. Abgeordnete

Christian Baldauf und
Dr. Thomas Gebhart
(CDU)

Haltung der Landesregierung zu den energiepolitischen Meinungen des früheren Wirtschaftsministers und Ministerpräsidenten des Landes Nordrhein-Westfalen Wolfgang Clement

Wir fragen die Landesregierung:

1. Teilt die Landesregierung die Auffassung des früheren nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement, dass der Einsatz von Kohlekraftwerken und Atomkraftwerken für die Sicherstellung der Grundlast an elektrischer Energie unerlässlich ist?
2. Vertritt die Landesregierung im Gegensatz hierzu die Auffassung der hessischen Landtagsabgeordneten Ypsilanti, dass wir in Deutschland künftig sowohl auf Kernkraftwerke als auch auf Kohlekraftwerke verzichten können und müssen?
3. Welche Energietechniken können nach Auffassung der Landesregierung den Beitrag von fossilen Brennstoffen und Kernkraft zur Sicherstellung der Grundlast an elektrischer Energie ausreichend ersetzen?
4. Begrüßt und unterstützt die Landesregierung in diesem Zusammenhang den Bau eines neuen Kohlekraftwerkes in Mainz durch die städtischen Versorgungswerke von Mainz und Wiesbaden?

3. Abgeordnete
Nicole Morsblech und
Werner Kuhn (FDP)

Auswirkungen der geplanten Schulstrukturreform auf die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz

Am 30. Oktober 2007 stellte die Landesregierung ihr neues Schulstrukturkonzept vor, das die derzeitigen und künftigen strukturellen Probleme der rheinland-pfälzischen Schullandschaft lösen soll. Das geplante Schulstrukturkonzept hat insbesondere in den Bereichen Fachoberschule und dem Projekt „Keiner ohne Abschluss“ maßgebliche Auswirkungen auf die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie wird die Landesregierung der KMK-Rahmenvereinbarung über die Fachoberschule im Hinblick auf die Zuordnung zu den berufsbildenden Schulen und den Einsatz von Lehrkräften aus verschiedenen Schularten Rechnung tragen?
2. Wie wird eine den allgemeinbildenden Schulen vergleichbar gute Lehrerversorgung an berufsbildenden Schulen hergestellt und sichergestellt, wenn Lehrkräfte von berufsbildenden Schulen durch die geplante Umlenkung von Schülerinnen und Schülern an die Realschule plus abgeordnet werden sollen?
3. Welche Auswirkungen wird das Projekt „Keiner ohne Abschluss“ auf die Schülerzahlen im Berufsvorbereitungsjahr haben?
4. In welcher Weise wurden die allgemeinbildenden und die berufsbildenden Schulen im Vorfeld in den Erarbeitungsprozess der Schulstrukturreform vor der Veröffentlichung am 30. Oktober 2007 eingebunden?

4. Abgeordneter
Guido Ernst (CDU)

Zukunft des Landessportbundes

Ich frage die Landesregierung:

1. Strebt das Land eine Neuorganisation des organisierten Sports in Rheinland-Pfalz an?
2. Was sind Ziel und Inhalte des Gesprächs des Innenministers mit den drei Vizepräsidenten der Sportbünde?
3. Wie bewertet die Landesregierung die Rolle der einzelnen Fachverbände?
4. Wie bewertet die Landesregierung die finanzielle Situation des Sports in Rheinland-Pfalz insgesamt?

5. Abgeordnete
Marianne Grosse und
Friederike Ebli (SPD)

Kostenübernahme von Früherkennungsuntersuchungen für Kinder durch private Krankenkassen

Laut der saarländischen Ärzte-Zeitung vom 15. Januar 2008 zahlen private Krankenkassen zum Teil nicht für die Vorsorgeuntersuchungen von Kindern. Dies zeigten die ersten Erfahrungen mit der im saarländischen Gesetz zum Schutz von Kindern vor Vernachlässigung, Missbrauch und Misshandlung getroffenen Regelung einer verbindlichen Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Liegen der Landesregierung Erkenntnisse über vergleichbare Fälle in Rheinland-Pfalz vor, in denen private Krankenkassen nicht die Kosten für Früherkennungsuntersuchungen von Kindern übernehmen?
2. Wie ist ein solcher Umstand aus Sicht der Landesregierung zu bewerten, insbesondere vor dem Hintergrund eines verbesserten Schutzes von Kindeswohl und Kindergesundheit durch die Teilnahme an den Früherkennungsuntersuchungen?
3. Welche Möglichkeiten gibt es aus Sicht der Landesregierung, sich dafür einzusetzen, dass künftig alle privaten Krankenkassen die Kosten für Früherkennungsuntersuchungen von Kindern übernehmen?

- 6. Abgeordneter
Matthias Lammert (CDU)**
- Widersprüchliche Angaben zur behördeninternen Zusammenarbeit bei der rheinland-pfälzischen Polizei**
- Ich frage die Landesregierung:
1. Gibt es generell eine Meldepflicht der Fachkommissariate an das Landeskriminalamt für bestimmte Delikte, Tätergruppen und Tathergänge?
 2. Gibt es aufgrund der Belastung der Polizei hier Vollzugsdefizite?
 3. Wie verhält es sich konkret in dem von der Presse aufgegriffenen „Enkeltrick“?
 4. Wie viele Fälle gab es seit der Vereinbarung einer Sicherheitskooperation mit den Ländern Baden-Württemberg, Bayern und Hessen?
- 7. Abgeordneter
Dr. Peter Schmitz (FDP)**
- Bekämpfung der Schwarzarbeit durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) in Rheinland-Pfalz**
- Der Bundesrechnungshof hat die Organisation und Arbeitsweise der FKS überprüft und kam hinsichtlich deren Effizienz zu einem eindeutig negativen Ergebnis. Die Tätigkeit der FKS hat nicht zu den erwarteten Mehreinnahmen von insgesamt 1 Mrd. Euro geführt und den entstandenen Verwaltungsaufwand bei weitem nicht gedeckt. Zudem konnte eine Verringerung der Schwarzarbeit durch die Kontrollen der FKS bisher nicht nachgewiesen werden.
- Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:
1. Welche Standorte mit wie vielen Mitarbeitern der FKS gibt es in Rheinland-Pfalz?
 2. Welche Ergebnisse des Bundesrechnungshofs liegen auf Rheinland-Pfalz bezogen hinsichtlich der Arbeit der FKS vor?
 3. Wie stellt sich das wirtschaftliche Verhältnis von Kontrollaufwand zu aufgedeckten Fällen von Schwarzarbeit durch die FKS in Rheinland-Pfalz dar?
 4. Wie beurteilt die Landesregierung die Ergebnisse des Bundesrechnungshofs hinsichtlich der Arbeit der FKS auf Rheinland-Pfalz bezogen?
- 8. Abgeordnete
Manfred Geis und
Bernd Lang (SPD)**
- Besucherzahlen des Arp Museums**
- Eine erste Auswertung der Zahl der Besucherinnen und Besucher des Arp Museums liegt inzwischen vor.
- Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:
1. Wie viele Besucherinnen und Besucher konnte das Arp Museum seit der Eröffnung im September vergangenen Jahres zählen?
 2. Wie viele davon besuchten das Arp Museum am Tag der Eröffnung bei kostenfreiem Eintritt?
 3. Wie stellen sich diese Zahlen im Vergleich mit anderen Museen in Rheinland-Pfalz dar?
 4. Aus welchen Regionen kamen die Museumsgäste?
- 9. Abgeordnete
Dorothea Schäfer,
Simone Huth-Haage und
Gerd Schreiner (CDU)**
- Zusammenarbeit der Johannes Gutenberg-Universität Mainz und der Max-Planck-Gesellschaft zur Gründung eines Zentrums für Nachwuchswissenschaftler**
- Zeitungsberichten zufolge planen die Johannes Gutenberg-Universität Mainz und die Max-Planck-Gesellschaft die Einrichtung eines Zentrums für Nachwuchswissenschaftler.
- Wir fragen die Landesregierung:
1. Wie ist der Stand der Beratungen über die Ausgestaltung der Kooperation?
 2. Wie bewertet die Landesregierung vor dem Hintergrund des geplanten Modellversuchs Befürchtungen, dass den Universitäten das alleinige Promotionsrecht verloren geht?
 3. Welche Bedenken sind seitens der Hochschulrektorenkonferenz und der Deutschen Forschungsgemeinschaft hinsichtlich der geplanten Kooperation angemeldet worden?
 4. Wie bewertet die Landesregierung Forderungen, das Promotionsrecht allein bei den Universitäten zu belassen?

10. Abgeordnete
Bettina Dickes (CDU)

Umsetzung der neuen Studentafeln für weiterführende Schulen

Ich frage die Landesregierung:

1. Wie stellt die Landesregierung sicher, dass für das Fach Naturwissenschaften in der Orientierungsstufe genügend Fachlehrer für Biologie, Chemie und Physik in den Schulen in Rheinland-Pfalz bereitstehen?
2. Zu welchen Ergebnissen ist die entsprechende fachdidaktische Kommission gelangt, die für alle naturwissenschaftlichen Fächer und alle Schularten eine neue inhaltliche Konzeption für den naturwissenschaftlichen Unterricht erarbeiten soll?
3. Wie sichert die Landesregierung die Durchlässigkeit beim Vorziehen der zweiten Fremdsprache in das 6. Schuljahr, wenn ein Kind nach der Orientierungsstufe noch an das Gymnasium zu wechseln beabsichtigt?

11. Abgeordnete
Carsten Pörksen,
Hans Jürgen Noss und
Michael Hüttner (SPD)

Aktuelle Änderungen des BKA-Gesetzentwurfs zur Erweiterung von Abhörbefugnissen

Nach bestätigten Presseberichten wurde seitens des Bundesinnenministeriums der Referentenentwurf des BKA-Gesetzes dahingehend geändert, dass das Bundeskriminalamt (BKA) zur Abwehr bestimmter Gefahren auch Amts- und Berufsheimnisträger wie zum Beispiel Abgeordnete, Strafverteidiger und Geistliche abhören kann. Bisher darf diese Gruppe von Berufsheimnisträgern nicht abgehört werden. Innen- und Rechtsexperten kritisieren diesen Vorstoß. Sie sehen den besonderen Schutz bestimmter Berufsgruppen vor Abhörmaßnahmen als zentrale Notwendigkeit für einen demokratischen Rechtsstaat an.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die aktuelle Änderung des Referentenentwurfs für ein neues BKA-Gesetz?
2. Hält die Landesregierung eine entsprechende Änderung des rheinland-pfälzischen POG für sinnvoll oder notwendig?
3. Wie ist der aktuelle Sachstand in der Diskussion über die Kompetenzverteilung zwischen BKA und den Länderpolizeien im Rahmen der Novellierung des BKA-Gesetzes?

12. Abgeordnete
Alexander Licht und
Anke Beilstein (CDU)

Vermittlung eines einseitigen Bildes der Wirtschaft in Schulbüchern

Nach einer vergleichenden Studie eines Newsweek-Korrespondenten zu Schulbüchern und Lehrplänen wird in Deutschland verbreitet ein negatives Bild der Marktwirtschaft gezeichnet.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Welchen Stellenwert nimmt die Wissensvermittlung von wirtschaftlichen Themen in den Lehrplänen und Schulbüchern für die rheinland-pfälzischen Schulen ein?
2. Welchen Beitrag können nach Auffassung der Landesregierung die Schulen leisten, um zu einem verantwortlichen persönlichen Wirtschaften anzuleiten, besonders vor dem Hintergrund, dass Rheinland-Pfalz im Ländervergleich einen hohen Anteil an Privatinsolvenzen aufweist?
3. Nach welchen Kriterien und welchem Verfahren sucht die Landesregierung die Schulbücher mit wirtschaftlichen Themen aus?
4. Welche Anstrengungen unternimmt die Landesregierung, um den Gründergeist von Schülerinnen und Schülern auf weiterführenden Schulen zu fördern?

13. Abgeordnete
Margit Mohr und
Frank Puchtler (SPD)

Bürgschaften für kleine und mittlere Unternehmen in Rheinland-Pfalz

Bürgschaften ermöglichen zusätzliche Investitionen, die den Unternehmen und der Volkswirtschaft zugutekommen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie haben sich die Bürgschaftsprogramme der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH entwickelt?
2. Wie wird gefördert?
3. Wie beurteilt die Landesregierung die Nutzeffekte der Bürgschaften und Garantien für die kleineren und mittleren Unternehmen im Land?

14. Abgeordnete**Jutta Steinruck und
Marianne Grosse (SPD)****Leih- und Zeitarbeit in Rheinland-Pfalz**

Bis zum 31. März 2008 können die verschiedenen Branchen die Aufnahme in das Arbeitnehmerentendegesetz beantragen. Neben dem Wach- und Sicherheitsgewerbe und der fleischverarbeitenden Industrie hat auch die Leih- und Zeitarbeitsbranche Interesse an einer Aufnahme in das Arbeitnehmerentendegesetz bekundet.

Vor diesem Hintergrund fragen wir die Landesregierung:

1. Wie viele Menschen in Rheinland-Pfalz arbeiten derzeit in der Leih- und Zeitarbeitsbranche?
2. In welchen Branchen tritt Leih- und Zeitarbeit in Rheinland-Pfalz am häufigsten auf?
3. Welche Tarifbedingungen gelten in der Leih- und Zeitarbeitsbranche in Rheinland-Pfalz?
4. Wie bewertet die Landesregierung die Einführung von Mindestlöhnen im Hinblick auf die Leih- und Zeitarbeitsbranche in Rheinland-Pfalz?

15. Abgeordneter**Alexander Licht (CDU)****Auftragsvergabe durch die Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e. V.**

Im Zusammenhang mit der Auftragsvergabe an die Firmen atelier 500 bzw. Quadrolux nennt die Landesregierung die Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e. V.

Ich frage die Landesregierung:

1. Zu welchem Zweck hat die Landesregierung die Entwicklungsagentur gegründet?
2. Welche Mittel sind vom Land seit Gründung jährlich in die Entwicklungsagentur geflossen?
3. Mit welchen Projekten wurde die Entwicklungsagentur seit ihrer Gründung betraut?
4. Wie ist die personelle Ausstattung und deren Entwicklung?

16. Abgeordnete**Marlies Kohnle-Gros
(CDU)****Intensivtäter in Rheinland-Pfalz**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Konzepte verfolgt die Landesregierung bei der Verfolgung von sog. Intensivtätern?
2. Gibt es hier Unterschiede in den Regionen des Landes?
3. Wie steht es um die länderübergreifende Zusammenarbeit?
4. Welche Erfolge gab es in den letzten zwei Jahren?

17. Abgeordnete**Bettina Dickes (CDU)****Tarife und Tariftreue bei Auftragnehmern des Landes Rheinland-Pfalz**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche externen Dienstleister wurden in den Jahren 2006 und 2007 von den Ministerien des Landes und den nachgeordneten Behörden beauftragt?
2. Wurden in diesen Fällen die Arbeitnehmer nachweislich tarifgerecht eingesetzt?
3. Ist sich die Landesregierung sicher, dass in allen diesen Fällen Tariflöhne bei diesen Dienstleistern den Lebensunterhalt der Arbeitnehmer nach Maßgabe des soziokulturellen Existenzminimums sichern können?
4. Welche geltenden Tarifverträge in Rheinland-Pfalz, die auch bei Vollzeitbeschäftigten das soziokulturelle Existenzminimum nicht decken, sind der Landesregierung bekannt?